



Positionspapier Digitalisierung

Die Digitalisierung¹ durchdringt inzwischen alle privaten und beruflichen Lebensbereiche und führt daher zu tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Familie. Diese Entwicklung oder Transformation verändert und beschleunigt Kommunikation, macht Informationen und Wissen schneller verfügbar, verändert Mobilität und Konsum und greift ein in die Gestaltung der Beziehungen, z. B. zwischen Staat und Bürgern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Betrieben und Kunden, zwischen Realität und Virtualität, aber auch zwischen Hilfebedürftigen und Helfenden. Unsere Erfahrung ist, dass auch in der sozialen Arbeit und den sozialen Dienstleistungen die Digitalisierung zu enormen Veränderungen führt.

Digitalisierung, entstanden aus dem Wunsch nach höherer Effektivität und Effizienz ist kein Selbstzweck und sollte einen Mehrwert generieren. Es ergeben sich viele Chancen für neue Teilhabe aber auch Risiken. In Deutschland waren in 2016 21 % der Deutschen noch nie im Internet, dies entspricht 16 Millionen Menschen². Daher braucht Digitalisierung in Wirtschaft, Gesellschaft und Familie einen politischen Gestaltungswillen, damit alle Menschen von den Chancen profitieren können.

Auf der Bundesebene wurde bereits verstanden, dass für eine Gestaltung einer sozialen Infrastruktur 4.0 die Wohlfahrtsverbände von zentraler Bedeutung sind. Zusammen mit der damaligen Bundesfamilienministerin Dr. Katharina Barley wurde im Rahmen der Digitalen Agenda der Bundesregierung eine gemeinsame Absichtserklärung vereinbart³. Diese hat zum Ziel die „digitale Transformation“ sozial mitzugestalten. In fünf Kernpunkten wird dies beschrieben

https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Pressemeldungen/PM_2017/Digitalisierung_9_2017_neu/strateg. Partnerschaft Digitalisierung BAGFW BMFSFJ 070917.pdf

Die Hessische Landesregierung hat bereits in 2016 eine *Strategie Digitales Hessen* unter Federführung des Wirtschaftsministeriums aufgelegt. Bei den identifizierten Handlungsfeldern sind die Wohlfahrtsverbände bedeutende Dienstleister und Arbeitgeber, ja sie sind im Gesundheitsbereich sogar einer der größten Arbeitgeber in Hessen. Dennoch wurde die Chance verpasst, die Wohlfahrtsverbände in den Diskussionsprozess einzubeziehen. Die Wohlfahrtsverbände haben in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzung bewiesen, dass sie gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten und fördern können. Sie sind

¹ gemeint sind technikgetriebene Innovationen der Informationstechnologie.

² Bastian Pelka, Digitale Teilhabe: Aufgaben der Verbände und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege in: Digitaler Wandel in der Sozialwirtschaft, S. 57

³ BAGFW Digitale Transformation und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Organisationsentwicklung der FW unter den Vorzeichen der Digitalisierung, S.1, Berlin 2017

das „Gerüst der sozialen Infrastruktur in Deutschland“⁴. Daher ist ihre Einbeziehung in den politischen Gestaltungsprozess der Digitalen Transformation unabdingbar.

Wir, die Hessischen Wohlfahrtsverbände, fordern die neue Landesregierung in Hessen auf, uns bei der sozialen Gestaltung der Digitalisierung zu beteiligen und zu unterstützen. Hier ist Geschwindigkeit in Politik und Verwaltung gefordert, damit die Sozialbranche als wichtiger Wirtschaftszweig und gesellschaftliche Gestaltungskraft in dem dynamischen Prozess der Digitalisierung nicht abgehängt wird. Folgende Forderungen richten wir an das Regierungsprogramm der nächsten Landesregierung:

1. Breitband hessenweit – Zugang zum Internet als Grundrecht für ALLE

Digitale Teilhabe ist elementare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Daher ist es notwendig, den Zugang zum Internet für alle Menschen möglich zu machen. Auch Menschen mit geringem Einkommen oder im Sozialleistungsbezug, Menschen mit Sprach- oder Vermittlungshemmnissen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen benötigen freien Zugang zum Internet. War früher der Fernseher ein wichtiges Medium für Information, so ist heute ein Zugang zum Internet über mobile Endgeräte zunehmend Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe und die Organisation des Alltags.

Forderungen:

1. Die Wohlfahrtsverbände fordern, dass die Landesregierung freien Zugang zum Internet für sozial benachteiligte Menschen ermöglicht, zum Beispiel durch mehrere (flächendeckende) freie W-LAN Zugänge zum Internet in allen Kommunen.
2. Ferner fordern wir die Landesregierung auf, analog der früheren Rundfunkhilfe Hard- und Software-Spenden für bedürftige Menschen zu ermöglichen.
3. Die Wohlfahrtsverbände und ihre Einrichtungen müssen auch darin unterstützt werden, ausreichende Leitungskapazitäten (Bandbreiten) aufbauen zu können. Gerade außerhalb der Ballungszentren sind hohe Bandbreiten technisch aufwendig und teuer.

2. Förderprogramme des Landes Hessen für die Wohlfahrtsverbände und Einrichtungen auflegen

Die Digitalisierung trifft die Wohlfahrtsverbände in all ihren Rollen: als Dienstleister, als Anwalt und als politische/anwaltschaftliche Interessenvertretung. Daher benötigen die Wohlfahrtsverbände sowohl Unterstützung in der Veränderung innerverbandlicher Organisationsprozesse als auch Unterstützung in der Veränderung der Beziehung zu Hilfebedürftigen und Klienten. Die bestehenden Förderprogramme haben die Wohlfahrtsverbände beim Thema Digitalisierung nicht im Blick. Für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) hat das Wirtschaftsministerium bereits Fördermöglichkeiten geschaffen. Dies ist hessenweit auch für die Sozialwirtschaft notwendig.

Forderungen:

1. Einrichtung einer Anlaufstelle für den Digitalisierungsprozess in der Sozialwirtschaft im Hessischen Wirtschaftsministerium.
2. Unbürokratische und kurzfristige Förderprogramme durch das Land Hessen, um in Verbänden und Einrichtungen:
 - Interne Managementprozesse zu digitalisieren;
 - Personal, Klienten und Ehrenamtliche in Medienkompetenz zu schulen;

⁴ BAGFW Digitale Transformation und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Organisationsentwicklung der FW unter den Vorzeichen der Digitalisierung, S. 1, Berlin 2017

- Koordinatoren-/Multiplikatorenschulungen in den Wohlfahrtsverbänden zu implementieren;
- Digitale Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und zu erproben;
- Kooperationen mit der Wirtschaft und Start-ups zu fördern;
- Die Entwicklung von Innovationen zu fördern;
- Die Arbeit von Ehrenamt/Selbsthilfe und die Vernetzung im Sozialraum mit digitalen Tools (z.B. Apps u. ä.) zu unterstützen.

3. Förderung von Forschung und Wissenschaft

Die soziale Arbeit selbst sowie Wissenschaft und Forschung stehen bei vielen Fragen der Auswirkungen der Digitalisierung noch ganz am Anfang. Und bei digitaler Bildung und Wissensvermittlung sind digitale Kompetenzen Grundvoraussetzung für Teilhabe. Daher braucht die soziale Arbeit wissenschaftliche Forschung und Begleitung, um die Wirkungen und den Nutzen der Digitalisierung für die Menschen zu untersuchen und weiter zu entwickeln.

Forderungen:

1. Hessen benötigt weitere Studiengänge in der Informatik, die speziell auf die Sozialwirtschaft als Handlungsfeld zugeschnitten sind und sich mit der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft befassen (Bsp. Sozialinformatik in Fulda).
2. Auch in allen Ausbildungen zu Sozialberufen muss handlungspraktisches und strategisches IT-Wissen/digitale Kompetenz vermittelt werden. Neben der Betrachtung der technologischen Perspektive muss allerdings auch die pädagogischen Perspektive über Wissensvermittlung, Empowerment und Teilhabe in der Digitalisierung von Dienstleistungen und Angeboten einbezogen werden.